

Vorwort

Die vorliegende Arbeit entstand in den Jahren 1998 bis 2005 im Rahmen des von der DFG geförderten Graduiertenkollegs „Die Zukunft des Europäischen Sozialmodells“. Sie wurde im Mai 2006 am Fachbereich Sozialwissenschaften der Universität Göttingen als Dissertation angenommen. An ihrem Entstehen haben über die Jahre viele Menschen mitgewirkt, denen ich zu Dank verpflichtet bin.

An vorderster Stelle ist mein Doktorvater Prof. Wolf Rosenbaum zu nennen, der mich bereits zu Studienzeiten begleitete und auch während der Anfertigung meiner Dissertation nicht die Geduld verloren hat. Seine stets konstruktive Kritik hat mir sehr geholfen. Auch bei Prof. Peter Lösche, der das Zweitgutachten der Arbeit übernommen hat, möchte ich mich herzlich bedanken. Mein besonderer Dank gilt Prof. Ilona Ostner für die Übernahme des Prüfungsvorsitzes in der Disputation, vor allem aber für ihr unermüdliches Engagement als Sprecherin und ‘Mutter’ des Graduiertenkollegs. Sie hatte entscheidenden Anteil daran, dass das Graduiertenkolleg zu einem Ort wurde, an dem neue Ideen entstehen konnten. Danken möchte ich schließlich den Doktorandinnen und Doktoranden des Graduiertenkollegs „Die Zukunft des Europäischen Sozialmodells“, die dieses mit Leben gefüllt haben und in zahllosen Diskussionen zum Reifen der Arbeit beigetragen haben.

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft hat diese Arbeit mit einem dreijährigen Promotionsstipendium gefördert. Der Deutsche Akademische Austauschdienst ermöglichte mir einen zweimonatigen Forschungsaufenthalt an der London School of Economics, London, UK, und die Europäische Kommission unterstützte die Arbeit mit einem neunmonatigen Marie Curie Stipendium am Centre for Research on Environmental Sustainability an der Keele University, Keele, UK.

Darüber hinaus gibt es viele Menschen, denen ich persönlich sehr verbunden bin und die die Entstehung der Arbeit zu verschiedenen Zeiten und in ganz unterschiedlichen Formen begleitet haben. Mein herzlicher Dank gilt Bettina Tacke, Brigitta Rehpen, Christine Trampusch, Geny Piotti, John Proops, Louis Willms, Manfred Kuda, Matthias Kriesel, Michael Ebert, Michael Gaida, Paula Ungar, Reinhard Weiland, Tina Behncken und Thomas König. Ihre Unterstützung hat mich weit getragen. Gleichwohl liegt die Verantwortung für diese Arbeit, insbesondere für ihre Unzulänglichkeiten allein bei mir.

Das Thema der Arbeit, die Nachhaltige Entwicklung, liegt mir sehr am Herzen. Auf Fragen von Umweltverschmutzung, Ressourcenknappheit, Klimawandel, Bevölkerungswachstum, Entwicklungsungleichheiten und andere existenzielle Probleme eine Antwort zu finden, ist derzeit die wichtigste Herausforderung, der die Menschheit gegenübersteht. Es ist meine Hoffnung, dass ein Buch über die geschichtliche Entwicklung des Nachhaltigkeitsparadigmas und die damit verbundenen politischen Auseinandersetzungen an der ein oder anderen Stelle ein besseres Verständnis auch der aktuellen Entwicklungen ermöglicht und es damit zumindest einen kleinen Beitrag leistet, die genannten Probleme zu lösen.

Hamburg, im Dezember 2006

S.W.

„Der Ideenkampf wird nie im Reich der Ideen entschieden.“
(Marcuse 1973: 58)

1 Einleitung

Nachhaltige Entwicklung avancierte in den 1990er Jahren zum neuen Leitbild in der Umweltpolitik. Ziel ist es, die Erde und ihre Ressourcen für zukünftige Generationen zu erhalten. Mit diesem gemeinsamen Projekt der Länder des Nordens und des Südens sollen die ökologischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts angegangen werden. Bei der UN Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro im Jahr 1992 verpflichtete sich die große Mehrheit der Staaten der Erde zu dem neuen Leitbild. Jedes Land sollte entsprechend seiner politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Voraussetzungen seinen eigenen Weg zur Nachhaltigen Entwicklung formulieren und damit einen Beitrag leisten zu einer globalen nachhaltigen Zukunft. Die anstehenden Aufgaben sind enorm, selbst wenn man die Nord-Süd-Problematik einmal beiseite lässt und nur die Umweltprobleme der Industrienationen in den Blick nimmt. Auf dem Prüfstand steht hier nicht weniger als das vorherrschende industriegesellschaftliche Wachstumsmodell mit seinen negativen Umweltauswirkungen.

Auf der anderen Seite sind im Übergang zu einer Politik der Nachhaltigkeit bereits eine Reihe von Fortschritten erzielt worden. Umweltthemen haben während der letzten dreißig oder vierzig Jahre maßgeblich an Bedeutung gewonnen und mittlerweile einen festen Platz auf der politischen Agenda der Industrienationen erobert. Als Folge zahlloser ökologischer Bedrohungen und einer Reihe tatsächlicher Katastrophen – Seveso 1976, Bhopal 1984, Tschernobyl 1986, Exxon Valdez 1989 usw. – fand die Umweltproblematik Eingang in das öffentliche Bewusstsein. Es ist ein Rahmen etabliert, in dem ökologische Themen kommuniziert, Probleme definiert, Ziele formuliert und in Politik umgesetzt werden, kurz: ein Verfahren, in dem Umweltprobleme bearbeitet werden. Und spätestens seit der UN Konferenz in Rio 1992 ist die „ökologische Krise“ endgültig als eine der drängendsten globalen Herausforderungen unserer Zeit akzeptiert. Zugleich wurde für diese Problematik aber auch eine Lösung gefunden: Nachhaltige Entwicklung, jene Strategie, die bereits 1987 im Bericht der UN Brundtland Kommission „Our Common Future“ (WCED 1987) formuliert wurde und die seit der Konferenz von Rio als Handlungsmaxime allgemein anerkannt ist. Mit Brundtland und Rio scheint eine neue Epoche der ökologischen Vernunft und des Lernens angebrochen zu sein. Kann insofern die ökologische Krise nicht bereits als passé gelten?

Im Jahr 2002 auf der „Rio plus 10“-Konferenz in Johannesburg konstatierte man statt einer nachhaltigen Lösung der Umwelt- und Entwicklungsproblematik allerdings eher ein Scheitern auf breiter Front. Nicht nur war vom „Spirit of Rio“, der zehn Jahre zuvor die Teilnehmerstaaten beflügelt hatte, kaum noch etwas geblieben, auch stellten sich Fortschritte bei der Verankerung eines Nachhaltigkeitspfades in den Gesellschaften allenfalls schlep-

der Stellenwert dieser Problematik deutlich geworden. Ökologische Fragen sind im Laufe der Zeit von der Peripherie ins Zentrum der industriellen Gesellschaft gerückt.

1.1 Von Umweltschutz zu gesellschaftlichem Wandel

Die geschichtliche Entwicklung des Umweltthemas in den westlichen Industrienationen wird üblicherweise in drei Phasen unterteilt (Dowie 1995: 8; Mol 1995: 1f.). Die erste Phase der Beschäftigung mit ökologischen Fragen zu Beginn des 20. Jahrhunderts richtete sich auf die Umweltzerstörung infolge zunehmender Industrialisierung und einer Ausweitung der urbanen Zentren. Im Vordergrund standen ein effizienterer Einsatz natürlicher Ressourcen sowie der Schutz der Natur vor den zerstörerischen Einflüssen der sich entwickelnden Industriegesellschaft, ohne allerdings schon eine Kritik der Industriegesellschaft zu beinhalten (vgl. Hays 1959). Die Einrichtung von Naturschutzgebieten ist in vielen Ländern ein typisches Ergebnis dieser Anfangszeit des Umweltschutzes.

Die zweite Phase, und mit ihr der Beginn des modernen Ökologiediskurses, nahm in den 1960er Jahren ihren Anfang. Rachel Carsons Bestseller „Silent Spring“ (1962), in dem sie die Auswirkungen des Einsatzes von Pestiziden auf die Pflanzen- und Tierwelt schildert, wirkte als Initialzündung. Die Metapher des „stummen Frühlings“, in dem kein Vogelgesang mehr zu hören ist, rüttelte das öffentliche Bewusstsein auf. Es wurde offensichtlich, dass die industriegesellschaftliche Entwicklung gravierende Nebenwirkungen für Mensch und Natur mit sich brachte. Die Aufmerksamkeit galt nun den neu identifizierten Umweltproblemen, wie Luftverschmutzung, chemischen Risiken oder der Endlichkeit der natürlichen Ressourcen, insbesondere für die Energieerzeugung. Die Prosperität der Nachkriegszeit, basierend auf technisch-ökonomischem Fortschritt und einem unkritischen Verhältnis gegenüber Wissenschaft und Technik – all dies wurde nunmehr in Frage gestellt. Das industrielle Entwicklungsmodell sollte einer Neubewertung unterzogen werden. Insbesondere die sich formierende radikale Ökologiebewegung stilisierte die Bewältigung der Umweltproblematik zur Überlebensaufgabe. In ihrem Manifest „Blueprint for Survival“ heißt es: „Radical change is both necessary and inevitable because the present increases in human numbers and per capita consumption, by disrupting ecosystems and depleting resources, are undermining the very foundation of survival“ (Goldsmith 1972: 15). Zur Errichtung einer ökologischen Gesellschaft schien eine grundlegende Reorganisation der bestehenden Gesellschaft unerlässlich (Paehlke 1992; Jamison 2001: 83-85).

Vor dem Hintergrund dieses Diskurses bildete sich seit Anfang der 1970er Jahre staatliche Umweltpolitik als eigenständiges Politikfeld heraus. Indes fanden die Forderungen der Umweltbewegung nach einem drastischen gesellschaftlichen Umsteuern kaum institutionellen Niederschlag. Besonderes Merkmal dieser frühen Phase der Umweltpolitik war vielmehr der Glaube an die Beherrschbarkeit von Umweltproblemen, die – durch Regula-

tion und unter Anwendung geeigneter Technologien – *ex post* kuriert werden könnten (Wissemburg *et al.* 1999: 69). Charakteristisch für diese Zeit war zudem die Vorstellung, dass Umweltschutz und wirtschaftliches Wachstum unvereinbar seien. Einerseits sollte Umweltpolitik die umweltzerstörerischen Folgen von Industrialisierung und Wirtschaftswachstum bekämpfen, andererseits wurde eine strikte Regulation als Bürde für die Ökonomie mit negativen Auswirkungen für das Wirtschaftswachstum angesehen. Dies war das Dilemma, in dem sich Umweltpolitik verstrickt sah (Orhan 1999: 37f.).

Nach einer Periode nachlassenden öffentlichen Interesses für Umweltfragen am Ende der 1970er und zu Beginn der 1980er Jahre, in der andere Probleme – der Rückgang des Wirtschaftswachstums und steigende Arbeitslosenquoten – in den Vordergrund drängten, erlebte die Thematik seit Mitte der 1980er einen erneuten Aufschwung. Diese dritte Phase der Bearbeitung von Umweltproblemen wird dominiert von einem neuen, mit dem Brundtland Report 1987 in die Diskussion gebrachten Paradigma: Nachhaltige Entwicklung. Umweltpolitik veränderte sich damit in mehrfacher Hinsicht (Jamison 2001: 93f.): Zum einen wurde die umweltpolitische Agenda internationalisiert. Neue globale Themen, z. B. Klimaänderungen, das Ozonloch und Biodiversität, traten zu den bis dahin eher lokalen bzw. räumlich begrenzten Umweltproblemen hinzu. Zum zweiten lag mit Nachhaltiger Entwicklung der Fokus auf einer integrativen Politikstrategie. Dies bedeutete eine thematische Erweiterung von Umweltpolitik und damit einhergehend die Öffnung politischer Entscheidungsprozesse für neue Akteure. Nachhaltige Entwicklung soll eine Integration ökologischer und ökonomischer Ziele ermöglichen, zudem werden Umweltprobleme nun in einen Zusammenhang mit anderen Themen wie Einkommens- und Ressourcenverteilung, Armutsbekämpfung und Geschlechtergleichheit gestellt. Die Umweltproblematik wurde auf diese Weise neu definiert. Mit dem Konzept Nachhaltiger Entwicklung ist Umweltpolitik zugleich der alleinigen Verantwortung des Staates entzogen und in die Hände eines erweiterten Kreises von Akteuren, einschließlich Wirtschaftsvertretern und Umweltorganisationen, gelegt. Die Forderung nach neuen umweltpolitischen Steuerungsformen begleitete diese Entwicklung (Paehlke 1992: 22).

Insgesamt unterscheidet sich der Entwurf Nachhaltiger Entwicklung deutlich von der Umweltpolitik in den vorangegangenen Phasen, und zwar durch seinen weiteren Fokus. Umweltpolitik hat sich entwickelt von einem partikularen, thematisch umgrenzten Aufgabenfeld zur Frage eines gesamtgesellschaftlichen Wandels. Statt um Umweltschutz allein geht es nun um ein Verständnis von Umweltpolitik als Integrationsaufgabe. Umweltbelange sollen in andere gesellschaftliche Bereiche integriert werden, insbesondere sollen Umwelt- und Entwicklungsziele zusammengeführt werden. Im Gegensatz zu den alarmierenden Botschaften von „doom and gloom“, die in den 1970ern die Beschäftigung mit Umweltthemen in Gang setzten, steht im Blickpunkt nunmehr ein Konzept, das einen positiven Handlungsraum eröffnet. Die ökologische Gesellschaft, von der Umweltbewegung der 1970er Jahre noch als utopisches Ziel formuliert, wird nun auf pragmatischem Wege erreichbar. Nicht mehr Konflikt, sondern die Kooperation aller gesellschaftlichen Akteure und ein konstruktives Politikverständnis zeichnen den neuen Ansatz aus.